



Bischof Küng: „Kreuz ist ein Ausdruck des Menschenrechtes“ Eine erfreuliche Nachricht aus dem Parlament!

Nationalrat:

ÖVP und SPÖ für Kreuze in den Schulklassen! FPÖ und BZÖ schließen sich der Initiative an!

SPÖ und ÖVP ziehen gemeinsam ins Feld, um die Kreuze in Österreichs Klassen zu sichern. Im Nationalrat wurde ein entsprechender Entschließungsantrag der Koalition (unterstützt von FPÖ und BZÖ) an die Regierung gerichtet. Das ist erfreulich und dokumentiert sehr deutlich, dass Rot und Schwarz, Blau und Orange die Barrikaden der Kulturkampffronten des 19. und 20. Jahrhunderts längst verbrannt haben. Wer nun meint, mit dem Kreuz in der Faust Parteipolitik machen zu müssen, macht sich lächerlich und enthüllt sich als Hetzer.

Die parlamentarische Initiative forderte am 19. November die Regierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Präsenz von religiösen Symbolen in öffentlichen Räumlichkeiten auch in Zukunft möglich und die Anbringung von Kreuzen in



WALTER RAMING

Klassen mit einer Mehrheit von Schülern mit christlicher Konfession gesichert ist. Grundlage für den Antrag ist ein Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Dieser hatte geurteilt, dass Kreuze nicht in den italienischen Schulklassen hängen dürfen, weil damit das

Recht der Schüler auf Religionsfreiheit verletzt wird. Lediglich die „Grünen“ schwiegen, obwohl der Generalsekretär der Caritas mit wehenden Fahnen zum Bundesgeschäftsführer der Grünen, denen sein ganzes soziales Engagement gehört, gekürt wurde. Nun, damit ist noch lange nicht die Grünbewegung „getauft“, wohl aber wird aufgezeigt, dass keine Partei ein Monopol für „christliche Werte“ besitzt und Katholiken frei entscheiden, welche Partei ihr Vertrauen besitzt. Die Taten, nicht Worte sind dabei Entscheidungshilfen. In einem Gastkommentar in der „Presse“ meinte der grüne Bildungssprecher Harald Walser¹⁾: „Sich auf das Christentum als Pfeiler unseres Wertesystems zu berufen, ist eine



gefährliche Drohung.“ Der Autor wiederholt dann manches aus dem ABC der nicht immer glorreichen Kirchengeschichte. Die Grünen müssen wohl noch „prüfen“, ob ihnen das

Kreuz in den Klassenzimmern ein Engagement wert ist. Der Franziskanerin von der christlichen Liebe (Hartmann-Schwester) Restituta war es jedenfalls
(Fortsetzung auf Seite 2)

Aus dem Inhalt:

Das Kreuz	Seite 2
Der Bundespräses	Seite 3
Charlys Tagebuchnotizen	Seite 4
ÖVP Wien	Seite 5/6
Pensionisten	Seite 6
RB-intern	Seite 7

¹⁾ Dr. Harald Walser, „Die Presse“: „Schlimm ist die Zeit für den Glauben“, 13. November 2009, Seite 31

DAS KREUZ

(Fortsetzung von Seite 1)

wert, für das Kreuz im Krankenzimmer ihr Leben hinzugeben. Die NS-Justiz verurteilte sie zum Tod durch das Schafott. Papst Johannes Paul II. sprach sie selig und Papst Benedikt XVI. segnete bei seinem Besuch in Brünn den Grundstein für eine Restituta-Kirche in der mährischen Hauptstadt. Man betet und erwartet die Heiligsprechung der Märtyrerin, die als ein Symbol der Versöhnung der christlichen Konfessionen und der im 19. und 20. Jahrhundert entstandenen Gegnerschaften zwischen Kirche und Sozialdemokratie gilt. Die Barbarakapelle im Wiener Dom wurde auf Initiative von Christoph Kardinal Schönborn und Dompfarrer Toni Faber zu einer Gedenkkapelle, einem Ort des Gebetes und der Versöhnung. Der Sozialdemokrat und bekennende Katholik Franz Olah äußerte als seinen letzten Wunsch seine Aufbahrung in der Barbarakapelle. Diese positive Heimkehr zu Gott findet vor dem Hintergrund einer Gesellschaft statt, in der sich Pessimismus verbreitet. Das Klagen über den Schwund christlich-abendländischer Werte hat längst den optimistischen Schwung des Aufbruches der katholischen Kirche um Papst Johannes XXIII. und hierzulande mit Kardinal König und dem Volk Gottes abge-

löst. Man klagt mit Recht. Aber: Neues bricht auf! Die Formen haben sich gewandelt. Die „Kleine Herde“ betet in elitären Gemeinschaften um die Neuevangelisierung Europas. Die Apostel von einst – nun geschart um „Wir sind Kirche“ und besorgte Initiativen der Pfarrer und mancher Dechanten – scheinen am Rand der „wahren“ Gläubigen zu verdämmern; auch wenn in letzter Zeit um die Nachhut des „politischen Katholizismus“ in der ÖVP Selbstbewusstes zu hören war. So haben sich – wie der „Presse“ am 21. November zu entnehmen war – mit der Aktion der Altpolitiker Andreas Khol, Erhard Busek und Herbert Kohlmaier die Kirchen-Reformgruppen der Pfarrer um Helmut Schüller und Feichtlbauers „Wir sind Kirche“ zusammengeschlossen. Unter dem Titel „Kirchenreform und Menschenrechte“ erheben die mündigen Laien in einer Enquete laut die Stimme: „Nicht als Revoluzzer oder Spalter, wie man uns leichtfertig denunziert, sondern als Helfer und Retter von dem, was noch zu retten ist.“ So postulierte Kohlmaier Zielsetzungen und Schulterschluss. Bemerkenswert, dass diese Reformrufe fast wortgleich bei der von Kardinal Schönborn in den Stephansdom einberufenen „Aposteltagung“ zu hören waren. „Schönborn hat zugesichert, Forderungen wie das Aus für den Zölibat und den Ruf nach Weihe verheirateter Männer zu Priestern nach Rom zu tragen, berichtet die „Presse“ und

folgt: „Die Geister, die er öffentlich rief, wird er nicht los.“ Der tiefgläubige Dominikaner und Erzbischof von Wien, Kardinal Christoph Schönborn, hat in seiner Predigt, die er in Jerusalem gehalten hat, davon gesprochen, dass „Europa im Begriff zu sterben“ ist, da es anscheinend „nein zum Leben“ sagt. Dieser

sen war. Der St. Pöltner Diözesanbischof Klaus Küng²⁾ meinte, ein Kreuz sei niemals ein Zeichen der Intoleranz, sondern vielmehr „Ausdruck von Menschenrechten“. Das aber ist wohl eher auch Schnee von gestern. In Wirklichkeit steht die Menschheit in der Morgenröte einer neuen Zeitepoche, die naturwis-



Diözesanbischof DDr. Klaus Küng

Gedanke erinnert auch an die Worte des Heiligen Vaters, Papst Benedikt XVI., der während seines Österreich-Besuchs am 7. September 2007 in der Hofburg vor den Diplomaten und Autoritäten sagte: „Es muss daher ein Anliegen aller sein, nicht zuzulassen, dass eines Tages womöglich nur noch die Steine hierzulande vom Christentum reden.“ Trotzdem, Pessimismus ist nicht angebracht!

Franz Olah und mit ihm viele politische Weggefährten haben den Weg zu Gott gefunden, der ihnen durch Unduldsamkeit und politischen Hass über ein Jahrhundert hindurch verschlos-

senschaftlich in Quantenphysik begründet zu einem Umdenken zwingt, das auch durch Jahrhunderte hindurch gewachsene Strukturen radikal verändern wird. In dieser Zeit des Umbruchs sind Angst und Bunkergesinnung nicht die Antwort, Herausforderungen zu beantworten. Es ist beeindruckend, wenn Bischof Küng Symbol und Wert des Kreuzes als Ausdruck des Menschenrechtes anerkennt. Auch Kardinal König hätte es nicht anders gesehen.

Das aber ist ein Auftrag! ■

¹⁾ Dr. Harald Walser, „Die Presse“: „Schlimm ist die Zeit für den Glauben“, 13. November 2009, Seite 31

Liebe Bundesschwestern und -brüder!

Vor 100 Jahren hat Leopold Kunschak den „Reichsbund der Arbeiterjugend“ ins Leben gerufen und damit eine Erfolgsgeschichte begonnen, die den „Reichsbund der katholischen deutschen Jugend Österreichs“ zur stärksten



BUNDESPRÄSES PRÄLAT DR. GERHARD SCHULTES

männlichen Jugendorganisation gemacht hat, die unser Land je gekannt hat. Leider geht dieses Jubiläumsjahr nun zu Ende, ohne dass der Reichsbund es festlich begangen hat. Zu groß waren die Sorgen der Bundesleitung, ob wir uns das Sekretariat und unser Mitgliederorgan nicht mehr leisten können. Der Umsicht und Tatkraft unseres Bundesobmanns Taborsky ist es zu danken, dass für beide Problemfelder Lösungen gefunden werden konnten, die die Existenz unseres Reichsbundes für die nächsten Jahre gewährleisten können. Dafür gebührt unserem nun Siebzigjährigen aller Dank und die schuldige Anerkennung.

Freilich bedeutet der Ausfall einer Jubiläumsveranstaltung auch einen Verlust an Öffentlichkeit. Das wurde mir schmerzlich bewusst, als ich vor einigen Tagen die an sich sehr gekonnt gestaltete Ausstellung des „Wien-Museums“ im Künstlerhaus besichtigte. Unter dem Thema „Der Kampf um Wien“ wurde aufgezeigt, welche gesellschaftlichen Veränderungen sich in den dreißiger Jahren des vorigen



Jahrhunderts in unserer Hauptstadt vollzogen, die als „rotes Wien“ zum weltweit beachteten Gegenmodell der von den Christlich-sozialen dominierten I. Re-

publik ausgestaltet wurde, in dem sich aber zunehmend der Nationalsozialismus um Einfluss bemühte. Naturgemäß bedeutete der „Kampf um Wien“ auch ein Ringen um die heranwachsende Generation, das sich innerhalb und außerhalb der Schule vollzog. Dass man dabei wohl Neuland und die Orelianer dokumentierte, den mächtigen Reichsbund aber einfach in keiner Weise erwähnte, wenn man von einem kleinen Zettelchen des K.D.S.B. absieht, dann muss man dem Veranstalter grobe Unkenntnis der Geschichte der Jugendbewegungen Wiens vorwerfen.

Es wird wohl der Jugendbeirat der Wiener Arbeiterkammer ausgewiesen, in dem der Reichsbund eine führende Rolle innehatte, er wird jedoch nicht genannt, ebenso wird nicht erwähnt, dass die Sozialaktion „Jugend am Werk“ führend von Reichsbündern durchgeführt wurde, „Jugend in Not“ wurde totgeschwiegen.

Es wäre für den Ausstellungsbesucher wohl interessant gewesen, wie der Reichsbund die 1934 in einem Austauschverfahren der Führungen die Heime der Sozialistischen Jugend dem Zugriff der Heimwehr entzog. Das staatliche „Österreichische Jungvolk“ unter Schuschnigg wird wohl dokumentiert, nicht aber das „Katholische Jungvolk“, auf dessen Herbstveranstaltung die Jugendfeier zum Rosenkranzfest in St. Stephan zurückgeht.

„Herr Redakteur, lernen Sie Geschichte“: Dieses Kreisky-Wort gehört ins Stammbuch der Leitung des „Wien-Museums“. Wir Reichsbünder haben immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass wir in der Öffentlichkeit – der kirchlichen und der gesellschaftlichen – zurückgesetzt wurden. Dagegen müssen wir uns wehren. Das sind wir denen schuldig, die den Reichsbund geprägt und gestaltet haben.

Gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünscht Euch, liebe Bundesschwestern und -brüder Euer Bundespräses

Dr. Gerhard Schultes.

„Leopoldi“- und Restituta-Feier

Der hl. Leopold habe durch seine Führungskompetenz und Courage dafür gesorgt, dass Niederösterreich ein christliches Land geblieben ist, betonte Josef Kreiml, Rektor der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Diözese St. Pölten, beim Festgottesdienst am 15. November in Klein Mariazell. Die selige Sr. Restituta wiederum habe ihr Leben gegeben, damit die Kreuze nicht von der Wand kommen.

„Der Sonntag“, 22. November 2009



Allen Lesern von „Reichsbund aktuell“ wünscht die Bundesleitung des Reichsbundes und die Redaktion ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2010!

Rudolf Taborsky
Bundesobmann

Heinz Gober
Niederösterreich

Präl. Dr. Gerhard Schultes
Bundespräses

Rudolf Schlapp
Oberösterreich

Josef Kopal
RB-Sport

Hans Bichler
Salzburg

Emmerich Schreiner
Burgenland

Wolfgang Wratschgo
Steiermark

Kurt Georg Unzeitig
Kärnten

Peter Koptik
Wien

Charlys Tagebuchnotizen

Wenn man im November 2009 etwas Politisches schreibt, dann muss man des Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhanges gedenken. Und darauf hinweisen, wie unverantwortlich jene handeln, die wieder neue Grenzen, neue Grenzkontrollen, ja manchmal sogar wieder einen Eisernen Vorhang errichten wol-



MAG. FRANZ KARL

len – bloß weil es mehr Einbrüche gibt. Nicht dass die Zunahme von Verbrechen bagatellisiert werden soll, aber dagegen gibt es viele andere vernünftige Methoden. Und noch etwas muss man sagen: Die Mauern oder der Eisernen Vorhang in Zypern, in Palästina, an der Grenze USA/Mexiko – auch diese müssen endlich fallen! Am 1. Dezember trat der Vertrag von Lissabon in Kraft! Das ist Grund zur Freude – mehr Demokratie in der EU, Regeln, die das Zusammenleben von 27 Staaten wesentlich erleichtert. Und wer austreten will, der soll (und kann) nun austreten. Und Schluss mit der Jammerei über den Kompromiss zu den beiden Spitzenpositionen. Natürlich wären mir lieber (und für Österreich besser) Schüssel und Plassnik, ja sogar Gusenbauer gewesen, aber man kann nicht alles haben. Und bei der phantastischen Unterstützung unseres so sprachgewandten Bundeskanzlers Faymann war natürlich nicht mehr drinnen. Der biblische Hass der Roten gegen Wolfgang Schüssel hat auch dazu geführt,

dass Willi Molterer als Kommissar „gekillt“ wurde, man kann doch einen „Schlüssel-Mann“ nicht wählen! Das alles zum unermesslichen Schaden für Österreich! Dass an den Universitäten einiges nicht stimmt, wissen wir alle: überfüllte Hörsäle, Wartezeiten auf Seminar- und Praktikaplätze, zuwenig Geld für Lehre und Forschung. Aber was sich unter den Audima(r)xisten da abspielt, ist untragbar. Ideen wie Studentengehälter in der Höhe von 1500 Euro monatlich, Studieren als Bildung (er hat Physik nach



drei Semestern abgebrochen, na, jetzt hat er wenigstens ein bisschen Ahnung von Physik – ist physikalisch gebildet! Und das probieren wir jetzt noch in drei anderen Fächern) und alles auf Kosten der Steuerzahler. Und horrende Kosten für Ersatzquartiere wegen besetzter Hörsäle. Schimpft mich einen Faschisten, aber das Audimax gehört endlich von der Polizei geräumt. Und jetzt legt uns die unsägliche Bankerin Claudia Schmied – statt dass sie endlich zurücktritt – noch ein Hochschulprogramm vor. Da lachen ja die Hühner! Aber die mit Inseraten

gut gefütterten Medien und der Herr Salcher jubeln diese Frau und ihre Zerstörung der Schule als Bildungsfortschritt hoch. Josef Pröll hat in seiner Rede „Zur Lage der Nation“ den Vorschlag eines „Transferkontos“ gemacht. Seither gehen die Wellen hoch und der Koalitionspartner beschuldigt die ÖVP, sie sei unsozial und wolle den Leuten etwas wegnehmen. Dabei geht es darum, dass – ähnlich wie bei der Krankenkasse – alle wissen, was Eigenleistung ist und was von Bund, Ländern und Gemeinden zugeschossen

wird. Immer wieder gibt es berechtigte Klagen über Ungerechtigkeiten. So haben Pensionisten, die eine Ausgleichszulage beziehen, viele Befreiungen. Kommen sie aber nur einen Euro über den Ausgleichszulagenrichtsatz, dann fallen diese weg und der „Nicht-Ausgleichsrentner“ erhält unter Umständen um 100 oder mehr Euro weniger. Auch wegen der Einführung der Mindestsicherung scheint dieser Vorschlag sinnvoll. Denn diese Mindestsicherung soll nicht dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger nicht mehr arbeiten gehen, weil „es sich so nicht auszahlt“

und ins Pfuschertum abwandern. Wichtig wird diese Idee auch deswegen, weil wir in den kommenden Jahren zunehmend in Budgetschwierigkeiten kommen werden. Schon jetzt liegen wir mit dem Defizit weit über den Maastricht-Kriterien von 3%, und in den kommenden Jahren wird es noch schlimmer. Daher wird das Kostenbewußtsein der Bürger neben anderen Maßnahmen (Verwaltungsreform, Föderalismusreform etc.) eine wichtige Rolle spielen. Kann man die Kronen-Zeitung, nachdem sich Onkel Hans ein bisschen von Faymann ab- und den Prölls zugewendet hat, wieder lesen? Na ja, wenn man die Leserbriefseite, wo 15 Namen immer wieder (oft täglich) vorkommen, auslöst, vielleicht. Aber die EU-Feindlichkeit dieser Leserbriefe hat eine Diktion bekommen, die bereits an strafrechtliche Tatbestände heranreicht. Ich hab sie wieder abonniert, dafür hab ich die Wiener Zeitung nach dem Hinauswurf von Andreas Unterberger abbestellt. Das ist ja leider die einzige Möglichkeit, wie man Medien das Missfallen ausdrücken kann. ■

In eigener Sache:

Bitte unterstützen Sie uns!
Mit Ihrem Beitrag von nur

€ 16,-

ermöglichen Sie den Fortbestand unserer Schriftenreihe auch im 63. Bestandsjahr.

Für Ihre Unterstützung danken wir im Voraus!

**Bitte beachten Sie
den beiliegenden
Zahlschein!**

Ein guter Schwarzer belebt! „Mehr Hirn ins Rathaus“

Die Auguren vermelden über die Gemeinderatswahl in Wien 2010:

Die „Absolute“ dürften die Sozialdemokraten verlieren, die FPÖ wird verlorenes Terrain wiedergutmachen – und am Schluss wird die ÖVP als lachende Dritte den Vizebürgermeister und einen Stadtrat stellen dürfen. Bei 18,77 Prozent steht sie seit den letzten Wahlen 2005.

Mit dem Reichsbund-Bundesobmann und Wiener ÖVP-Obmann, dem Exekutivbeamten Leopold Hartl und den Spitzenkandidaten Unterrichtsminister Heinrich Drimmel übersprang die Wiener Volkspartei 1964 die magischen 33 Prozent der Wählerstimmen und eroberte im direkten Wahlgang den Vizebürgermeister. Heinrich Drimmel wurde dazu bestellt.

Es kam zu einem Wechsel in der Führungsriege der ÖVP Wien. Mit Heinrich Drimmel und Maria Schau-mayer traten zwei Persönlichkeiten in die Stadtregierung, die



Leopold Hartl

durch ihren politischen Einsatz Entscheidendes für Wien erreichten. Maria Schau-mayer setzte als Stadträtin für die städtischen Unternehmungen viele Akzente, die Wien bis in die Gegenwart prägen. Unter ihrer Amtsführung wurde der Startschuss für den Bau der Wiener U-Bahn – einer alten ÖVP-Forderung, der sich die SPÖ lange widersetzte – abgegeben. Heinrich Drimmel versuchte Wien zu jener mitteleuropäischen Metropole zu formen, die es einst war. Sein Motto lautete: „Wien soll nicht länger Kopfbahnhof des Westens bleiben, sondern erneut zur Ost-West-Drehscheibe werden.“ Drimmel erkannte, wie

wichtig die zentraleuropäische Dimension der Bundeshauptstadt war und immer noch ist. Anerkennend registriert diesen bleibenden Wahlerfolg der „Presse“-Historiker Scheidl. Dieses Kunststück gelang dem nächsten Stadtparteichef, Franz Bauer, nicht mehr. Der Mann war einfacher Abgeordneter, am Ende seiner politischen Karriere übersiedelte er als einer von drei Ombudsleuten ins renovierte Palais Rottal in der Singerstraße. Erst Erhard Busek weckte die träge Partei wieder auf. Der Wirtschaftskämmerer und Sallinger-Sekretär ahnte frühzeitig, wohin die Jugend tendiert, und nahm die Grünbewegung vorweg. Allein: Die festgefahrenen Strukturen in den Bezirken konnte auch er nicht aufbrechen. Persönliche Animositäten, Bezirksrivalitäten vermochte der kluge Vordenker nicht zu meistern.



Erhard Busek

So spaltete sich die Partei in bedingungslose Busek-Anhänger(innen) und in mindestens so erbitterte Gegner. Diese putschten schließlich beim Parteitag 1989. Freilich hatten sie einen wenig charismatischen Typ auf den Schild gehoben – den stell-

vertretenden Landesschulratspräsidenten Wolfgang Petrik. Unter seiner Führung rutschte die Volkspartei von 28,4 auf 18,1 Prozent ab. Tiefer ging's kaum mehr. Sollte man meinen. **Nun nimmt die Wiener Volkspartei mit Christine Marek einen neuen Anlauf. Sie bekennt sich zu christlichsozialen Werten und Familienpolitik.** „Ein guter Schwarzer belebt“ und „Mehr Hirn ins Rathaus“ waren 1964 die Wahlkampfparolen der Wiener Volkspartei. Sie waren auf den Denker und Politiker, den konservativen Wiener Bürger Heinrich Drimmel zugeschnitten. Es galt um den harten christlichsozialen Wählerkern, den Leopold Hartl und seine Reichsbündler präsentierten, das liberalkonservative Bürgertum anzusprechen und für Drimmel zu motivieren. Das gelang! In der Wahlwerbung wurden neue, moderne Wege eingeschlagen. In der Organisation um den damaligen Landesparteiensekretär Glatzl und dem Presse- und Propagandareferenten Walter Raming, war u.a. der langjährige Reichsbund-Bundesobmann Hans Melchart für die Schulung verantwortlich. Um diese scharten sich nicht nur Altgediente, aber motivierte „Parteihengste“, sondern auch junge Mitarbeiter. So

warb ich für das Wahlkampfteam Anton Fürst von den „Salzburger Nachrichten“ ab, der es dann später zum Landesparteiensekretär, Bundesrat **H. Drimmel** und Obmann des Wiener Seniorenbundes brachte.



Nachfolgend ein Schreiben der neuen Wiener ÖVP-Obfrau Christine Marek, die sich christlichsozialen Werten verpflichtet fühlt:

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die ÖVP Wien hat Montagabend die Weichen für die Nachfolge von Gio Hahn und damit auch für die Gemeinderatswahlen 2010 gestellt. Nach einem klaren Votum im Präsidium hat mir auch der Landesparteivorstand mit über 80 Prozent das Vertrauen geschenkt und mich zur geschäftsführenden Obfrau der ÖVP Wien und zur Spitzenkandidatin gewählt. Ich verspreche Euch, dass ich mit vollem Einsatz daran arbeiten werde, diesem Vertrauensvorschuss gerecht zu werden. Ich freue mich schon sehr auf die gemeinsame Arbeit mit den Bezirks- und Teilorganisationen sowie mit allen Funktionärinnen

(Fortsetzung auf Seite 6)

ÖVP WIEN

(Fortsetzung von Seite 5)

und Funktionären, die täglich für die ÖVP Wien laufen. Als Teamplayer freue ich mich auch auf eine breite Zusammenarbeit mit allen Persönlichkeiten unserer Gesinnungsgemeinschaft. Eine besondere Ehre ist es für mich, nicht nur die erste Obfrau der ÖVP Wien, sondern unter den neun ÖVP-Landesorganisationen auch die einzige Frau an der Spitze zu sein. Mein Ziel ist es, die ÖVP Wien so stark zu machen, dass ohne uns in dieser Stadt nichts geht. Im Gegensatz zu meinen politi-



schen Mitberatern will ich mit Stil, Seriosität und konkreten Lösungspunkten. Mir geht es darum, das Lebensgefühl – mit allem was dazu gehört – in dieser großartigen Stadt zu verbessern. Hier zähle ich auf Euch alle, denn nur gemeinsam sind wir wirklich stark und können gewinnen. Und: Die Chancen für uns sind ausgezeichnet! „Geht nicht gibt's nicht“, so lautet mein Motto. Dieses hat mir schon bei zahlreichen schwierigen Verhandlungen auf Bundesebene (z.B. beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld oder dem verpflichtenden Gratis-Kinder-

gartenjahr) gute Dienste geleistet und zum Erfolg verholfen. Ich bin überzeugt, dass ich diese Stärke, andere zu überzeugen und ins Boot zu holen, in und für Wien und die ÖVP gut einsetzen und die ÖVP damit zum Erfolg führen kann. Ich zähle auf Euch und freue mich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit!
Eure Christine Marek.

Aus der Geschichte: 1945 Gründung der ÖVP Wien

Die Gründung der ÖVP Wien erfolgte im Jahr 1945 im Zuge der Gründung der Österreichischen Volkspartei. Zwei Gründer sind hier besonders zu nennen: Felix Hurdes und Lois Weinberger. Beide hatten auch Funktionen in der Bundes-

partei und prägten die ÖVP Wien in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich.

Die ÖVP Wien in den 50er Jahren

In den Jahren des Wiederaufbaus und der beginnenden wirtschaftlichen Prosperität der fünfziger Jahre war die ÖVP – parallel zur Koalition auf Bundesebene – auch in einer Koalition auf Wiener Ebene. Wenngleich die ÖVP als Juniorpartner (die SPÖ hatte im Gemeinderat stets die absolute Mehrheit) viele Erfolge erzielen konnte, so gelang es nicht unbedingt, dies in Wahlerfolge umzusetzen. In den 50er Jahren führte der ÖVP-Gesundheitsstadtrat Lois Weinberger den Gesundheitspass ein. W. R.

PENSIONISTEN POLITISCH UND ÖKONOMISCH

Konsum-Ankurbler und SPÖ-Erhalter

Sowohl politisch als auch wirtschaftlich sind die 1,2 Millionen Pensionisten Österreichs eine der wichtigsten Gesellschaftsgruppen. Politisch gilt das vor allem für die SPÖ. Die Sozialdemokraten erlebten jüngst bei den Landtagswahlen in Oberösterreich, bei der sie einen massiven Stimmeneinbruch hinnehmen mussten, dass die Mehrheit ihrer Wähler – über 45 Prozent – aus dem Segment der über 60-Jährigen stammt. Aus diesem Faktum lässt sich auch die mächtige Stellung des sozialdemokratischen Pensionistenverbandes innerhalb der SPÖ ableiten. Sogar zur Delegationsleitung der österreichischen Sozialdemokraten im Europaparlament soll Verbandspräsident Blecha von Bundeskanzler Faymann gebeten worden sein. Dass Blecha ablehnte, sicherte erst die Kandidatur des erfahrenen EU-Parlamentariers Hannes Swoboda. Gemäß dieser Gewichtung greift die stärker bei den Jungwählern verankerte ÖVP die SPÖ auf dem Feld Pensionen an – etwa wenn es um die Abschaffung der Hacklerregelung geht, für die VP-Chef Josef Pröll so vehement eintritt und damit unwirsch gehaltene Dementi bei der SPÖ erregt. Dabei sitzt mit Andreas Khol ein ebenfalls mit Verve für die Interessen der Pensionisten streitender Seniorenvertreter in der ÖVP, der mehr als einmal mit SP-Blecha den Schulterchluss in Sachen Pensionsanpassung suchte. Immer wieder in erhitzter Diskussion: die von den Seniorenvertretern geforderte 1,9-prozentige Erhöhung der staatlichen Zuwendungen. Forderungen wie diese lösen regelmäßig einen Sturm der Entrüstung aus – vor allem in den Medien. Denn der Zusammenhalt zwischen Alten und Jungen ist auch in finanzieller Hinsicht hoch, das bescheinigen deutsche und österreichische Studien. Demnach lassen über 30 Prozent der Rentner ihren Nachkommen regelmäßig Geld zukommen und ersetzen durch eigene Verfügbarkeit die teure Kinderbetreuung.

Milliarden für Konsum

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Zuwendungen des Staates für die Pensionisten: 80 Prozent der Pensionen fließen sofort wieder in den Konsum. Pro Monat sind das alleine in Österreich 1,7 Milliarden Euro. Das Wifo tritt auch dem Vorwurf entgegen, die Alten würden auf Kosten der Jungen leben. Nur 0,25 Prozent Produktivitätswachstum pro Jahr reichen demnach aus, um den finanziellen Mehrbedarf durch steigende Seniorenzahlen zu decken. Dass sich Österreichs Alte allerdings im EU-Vergleich überdurchschnittlich „gemobbt“ fühlen (14 Prozent), kann sich auch um eine Fehleinschätzung handeln. Denn gemäß „Forbes“ liegt Österreich unter den lebenswertesten Ländern für Senioren weltweit unangefochten auf Rang eins.

RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM

Wir gratulieren!

60. Geburtstag

Christine Gehringer

75. Geburtstag

Friedrich Dimany

85. Geburtstag

Johannes Rom

Gold. Ehrenzeichen des Steirisch. Schachbundes

Claus Schwarz

Dr. Walter Wallner

Unsere Toten

Johann Artner
Zöfing / Tulln

Josef Köpfl
Natternbach / OÖ

SR Anton Fischerauer
Pischelsdorf / Stmk.

Vizebürgermeister
Dir. Otto Ziegler
Tulln

Wir erinnern uns:

In diesem Jahr ist
der 25. Todestag
von Erzbischof
Dr. Franz Jachym.

Am 15. Dezember ist auch
der 30. Todestag von Bundes-
obmann Leopold Hartl

Reichsbund-aktuell mit Sport.
– Herausgeber, Medieninhaber
(Verleger) und Hersteller:
Reichsbund, Bewegung für
christliche Gesellschaftspolitik
und Sport, 1080 Wien, Laudon-
gasse 16, Tel. 0664/2336023. –
Herstellungsort: Wien. Offenle-
gung nach § 25 Mediengesetz:
Grundsätzliche publizistische
Richtung des Reichsbundes: In-
formation und Schulung unserer
Mitglieder im Sinne der christ-
lichen Weltanschauung und För-
derung der Jugend durch Sport.
Redaktion: Mag. Franz Karl,
Walter Raming (Politik und
Wirtschaft), Franz Lugmayer
(Kultur), Rudolf Taborsky (RB-
intern, Sport, Layout, Fotos). Es
gilt die Anzeigenpreisliste 9
vom 1. Jänner 1993. Bankver-
bindung: Raiffeisenlandesbank
NÖ-Wien, Reichsbund, Kto.
86454, BLZ 32000.

Bundesleitung

Der Reichsbund für
Turnen und Sport hat
im März oder April 2010
seinen ordentlichen
Bundestag mit Neuwahlen.
Ab sofort ersuchen wir
Anträge und Wahlvorschläge
zum Bundestag schriftlich
an den Vorsitzenden der
Kontrolle, Herrn Hans Jogl,
1030 Wien, Reiserstraße 29
zu senden.

Landesverband Wien

Der Reichsbund Landesverband
Wien hat unverändert seine
Anschrift in 1080 Wien,
Laudongasse 16,
Tel. 0664 65 56 195.

St. Thekla

Vorschau: 15.3.2010,
12 Uhr Treffen im
GH SULZER,
1040 Wien, Ecke Kolschitzkyg./
Garf-Starhemberg-Gasse.

Meidling

13.12.2009, 10 Uhr
Pfarre Gatterhölzl,
1120 Wien, Hohenbergstr. 42
„Deutsche Hornmesse“.
14.12.2009, 19 Uhr,
Gerhard Blaboll:
„Von Christkinderln und
Weihnachtsmandeln“,
Bezirksamt Meidling,
1120 Wien, Schönbrunnerstr.
259.

Ottobring

12.1.2010, 14.30 Uhr
„Jahresrückblick 2009“
von Bbr. Herbert Remer.
28.1.2010, 15 Uhr
„Von den Römern bis
in die Gegenwart“,
Bezirksmuseum Innere
Stadt, 1010 Wien,
Wipplingerstraße 8.
9.2.2010, 14.30 Uhr
„Fasching mit Musik
und vielen schönen
Tombola-Preisen“.
25.2.2010, 15 Uhr
„Museum und Schatzkammer
des Deutschen Ordens“,
1010 Wien, Singerstraße 7.

Döbling

Programm 2010 in
Vorbereitung.
Kontakte:
e-mail: reichsbund.
doebbling@gmx.at.

Gut Freund

11.1.2010, 18 Uhr
Neujahressen im
Restaurant STYRIA,
1200 Wien, Rauscherstr. 5
25.1.2010, 18 Uhr
Monatsversammlung,
1200 Wien, Ospelgasse 30,
Programm in Vorbereitung.
15.2.2010, 18 Uhr
Heringschmaus, 1200 Wien,
Ospelgasse 30.
Jeden Dienstag von
16–20 Uhr Klubabende
mit Buffet, 1200 Wien,
Ospelgasse 30.
Vorschau:
29.5.2010 – Frühlingsfahrt
ins Biedermeiertal.
Kontakte:
Obmann Erich Sobotka,
Tel. 0664-73 75 4 833.

Tulln St. Severin

17.12.2009, 19.45 Uhr
Weihnachtsfeier im
Pfarrsaal St. Severin,
Tulln, Anton-Bruckner-Straße.

Hollabrunn

Vorschau: „Frühling auf
Madeira“
Flugreise 6.–13.4.2010,
Auskünfte und Anmeldung:
Bbr. Franz Berger,
Tel. 02952-4303.

RB Europajugend Gleisdorf

Erster Racketlon-Staatsmeister
in Gleisdorf!
In Doppel, Mixed und Einzel
erreichten die RB-Sportler
ihre ersten Staatsmeistertitel.
„Badminton Kids“ weiter auf
Erfolgskurs!
Die Mannschaft von RBEJ-
Hofstätter III siegte in der
steierischen Badmintonliga
1. Klasse.
Mit einem 8:0-Sieg gegen
ATSE Graz IV sicherten sich
die Gleisdorfer Badmintonspie-
ler in der Landesliga weiter
die Tabellenführung.

Vorschau: 11.4.2010
37. IVV-Wandertag in Gleisdorf.

RB Sport Fußball

20.12.2009, Vorweihnachtliche
Feierstunde im Kolpinghaus
1090 Wien, Althanstraße,
Einladungen folgen.

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreichs

Bei der Verbändetagung
am 25. November wurde
u.a. die Wahrnehmung der
Katholischen Verbände in
den Medien besprochen und
festgestellt, dass zu Themen
wie Bildungswesen, Bioethik,
Würde und Rechte der Men-
schen, Freiheit zur Religion,
christliches Arbeitsrecht oder
Familie am ehesten Beiträge
veröffentlicht werden.

**Die AKV sucht einen neuen
GENERALSEKRETÄR!**
Voraussetzung ist ein klares
Selbstbewusstsein als eigenver-
antwortlicher Laie, soziale
Intelligenz und Kooperations-
bereitschaft, geistige Offenheit
und kritisches Denken.
Organisationsstalent und
EDV-Kenntnisse erforderlich.
Die Arbeitszeit ist frei gestaltbar,
ca. 20 Stunden im Monat, die
Tätigkeit ist ehrenamtlich,
Unkostenersatz vorgesehen.
Beginn Februar 2010.
Interessenten melden sich bei
Präsident Dr. Josef Zemanek:
e-mail:
josef.zemanek@gmx.net.

Wir dürfen in Erinnerung
bringen: Unsere Mitglieder-
Zeitung „**Reichsbund aktu-
ell mit Sport**“ erscheint
auch **im Internet**. Zur Zeit
stehen die letzten 14 Ausga-
ben zur Verfügung.

www.amateurfussball.at –
es erscheint eine Reichs-
bundseite, in der Kopfleiste
Rubrik **Bundesleitung** an-
klicken, es erscheint eine Be-
grüßungsseite, am rechten
Bildschirmrand die jeweils
gewünschte Ausgabe von
„RB-aktuell“ auswählen.

OPTIMISTISCH • GEMEINSAM

Fast am Ende meiner beruflichen Laufbahn, habe ich nun auch noch erleben müssen, was es bedeutet, in den Krankenstand zu gehen. Meine Hüfte machte mir schon länger Probleme, nun war es an der Zeit, mich im Evangelischen Krankenhaus der „geplanten“ Operation zu unterziehen. Nach zehn Tagen konnte ich das EKH verlassen, um jetzt auf Krücken wieder gehen zu lernen. Ein Erlebnis der besonderen Art war es, beim Gruppenarzt in der Bezirksstelle unter den vielen Kranken zu warten, um nach Befragung und Zettel ausfüllen (insgesamt drei Stunden ohne Sessel wartend und ohne ein einziges deutsches Wort vernehmend) ordnungsgemäß



WALTER ZWIAUER

krank geschrieben zu werden. Obwohl ich der WGKK keinen einzigen Cent Kosten verursacht habe, verursacht sie nur durch das bürokratische Prozedere eigene Kosten. Da ich aber für Arbeitsplatzsichernde Maßnahmen Verständnis habe, ertrug ich das mit einem gewissen Solidaritätsgefühl! In der Zeit im Spital und jetzt in der REHA-Phase hatte ich natürlich eine Menge an Zeit für mich, aber auch dafür mich mit den politischen Vorgängen zu beschäftigen. Es ist eine neue Lebenserfahrung, und ich kann mir jetzt besser vorstellen, was es für einen arbeitslosen Menschen bedeutet, die Ämter aufzusuchen und sich dazwischen vom Fernseher und anderen Medien berieseln zu lassen. In meinem letzten Artikel schrieb ich von dem Skandal mit den Krankenständen bei den ÖBB. Im Nachhinein betrachtet bin ich mit meiner damaligen Einschätzung im August ganz gut gelegen. Mittlerweile gibt es dort einen weiteren Skandal um verschwundene Handys oder eigentlich eher um die ganze Art, wie der Betrieb geführt wird, angefangen beim Aufsichtsratsvorsitzenden über andere Funktionäre bis zum Betriebsrat. Das konntet ihr ohnehin alle in den Medien verfolgen, nur... die richtigen Schlüsse sind zu ziehen. Es muss uns schon klar sein, welche Art von selbstzer-

störischer Arroganz und Misswirtschaft sich hier offenbart, und wo die Quelle dafür ist. Ein gewachsenes Netzwerk, dem wir nicht „blauäugig“ begegnen sollten, aber vielleicht mit „schwarzem Humor“? Der ORF steht knapp davor, zum nächsten „Netzwerkdesaster“ zu werden – und bitteschön „ORF“ ist nicht die Abkürzung für „Ordentlicher Rot Funk“! Die Situation um die Universitäten hat mich natürlich auch beschäftigt. Was ist da plötzlich los! Wer steht dahinter? Natürlich habe ich mir eine eigene Meinung gebildet, das hat sich wahrscheinlich auch jeder interessierte Bürger gemacht. Durch meine Kontakte zu den handelnden Personen (Minister u. Rektoren) einerseits und zu den jungen Menschen andererseits konnte ich diese Gedanken auch ordnen. Das Thema ist natürlich wichtig für die Zukunft, aber es wird meiner Meinung mehr als überbewertet. Die jungen Menschen brauchen einfach eine Plattform, bei der sie ihre Gedanken und Wünsche äußern können. Die einen Politiker haben das natürlich geschickt ausgenutzt, um dem Koalitionspartner „eine über die Rübe zu ziehen“, und die anderen haben sowieso immer gewusst, dass die Regierung „aber ständig sowas von miserabel und unfähig ist“. Die Gewerkschaften wären dumm, hier nicht auch ihre Ressourcen zu nutzen, um die (jeweiligen) bildungspolitischen Ziele zu platzieren. In einer Zeit der wirtschaftlichen Krise ist klar, dass kein Teil der Bevölkerung im Schatten stehen möchte, sondern beim Futternapf mitmaschen möchte. Der Minister hat finanzielle Zusagen gemacht und will auch ein Gespräch mit den Verantwortlichen führen, um eine tragbare Lösung für alle zu finden. Ich denke, das wird auch gelingen – wenn auch nicht ihm persönlich. Alles in allem steht Österreich weiterhin vor dem Problem einer echten Bildungsreform. Einer Reform von so großem Ausmaß, dass sie uns alle noch lange beschäftigen wird müssen. Es geht um die Kindergartenzwergerln, über die Volksschulkinder, die Unterstufener, die Oberstufener, die Hochschüler, die Studenten, die Lehrlinge und auch die Erwachsenen. Bildung muss neu definiert, geordnet und gelebt werden! Dass die Entwicklungen am Arbeitsmarkt mehr als nur besorgniserregend sind, ist

aufgrund solcher Entwicklungen, aber auch durch die ersten „Wirtschaftsaufatmungsprognosen“ etwas in den Hintergrund geraten. GM verkauft nicht an Magna, und Quelle Österreich hat Konkurs angemeldet. Wir haben derzeit schon einen Höchststand bei der Arbeitslosenrate, die Zahlen werden sich dadurch nicht verringern. Im Gegenteil – alle Experten und Fachleute warnen davor, dass trotz eines wirtschaftlichen Aufwärtstrends der Gipfel bei den Arbeitslosenzahlen noch nicht erreicht ist. Derzeit laufen auch die Gehaltsverhandlungen in den Hauptsparten



an. Hier sind die ersten Kontakte auch in einem keinen guten Klima. Es ist von Nulllohnrunde und anderen sozialen Gegenforderungen die Rede. Es wird an der Vernunft der Sozialpartner liegen, auch heuer ein akzeptables Ergebnis für die Arbeitnehmer zu verhandeln. Die ersten Abschlüsse haben gezeigt, dass diese österreichische Sozialpartnerschaft tatsächlich ein internationales Vorzeigemodell ist. Sozialer Friede in solchen Krisenzeiten ist nicht einfach zu bewerkstelligen. Die Pensionisten haben

durch ihre Vertreter auch genaue Vorstellungen angemeldet. Es geht hier nur um die Abgeltung des Index, aber auch hier gibt es unterschiedliche Auffassung: Gilt der VPI oder der Pensionistenindex? Auch hier zeigte sich was vernunftorientierte Partnerschaften bringen. Die Wirtschaftskrise hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Zahlreiche Maßnahmen, die die Bundesregierung getroffen hat, greifen nur zaghaft. Viel Geld wird da noch fließen müssen, und viel Leid wird hier noch verbreitet. Leid, dass es zu lindern und zu verhindern gilt. Um diese Jahreszeit reden wir seit Jahren von einem heißen Herbst, aber so eine geballte Ladung von Interessen und Meinungsunterschiede zum gemeinsamen Miteinander habe ich noch nicht mitgemacht. Es ist daher eine Frage der Ethik, wie man die Themen und die Probleme versucht zu lösen. Ich rufe daher alle Verantwortungsträger auf, sich dieser besonderen Verantwortung bewusst zu sein und einen Kompromiss zu finden. Einen Kompromiss, in dem auch jene was davon haben, die sich nicht zu Wort melden können, wie die Menschen mit besonderem Schicksal – zum Beispiel die Obdachlosen, Kranken, Alten und Menschen an der Armutsgrenze. Als ewiger Optimist glaube ich, dass wir gelernt haben mit Augenmaß an die Themen heranzugehen und Lösungen zu finden, bei dem zwar keiner der Partner voll zufrieden ist, aber man sich an die gemeinsam getroffene Vereinbarung hält. In diesem Sinne wünsche ich uns allen zwar einen diskussionsvollen und nicht zu kalten Spätherbst, sodass wir zum großen Fest einen gemeinsamen Weihnachtsbaum entzünden dürfen.

Das meint euer Walter. ■

Zul.-Nr. GZ 02Z033683 M